



**1. Kongress der Partei der europäischen Linken
Athen, 29.-30.10.2005**

Ja, wir können EUROPA verändern!

– Politische Thesen –

Einleitung	2
1. Frieden schaffen	4
2. Ein neues Wirtschaftsmodell für ein soziales Europa entwickeln	10
3. Radikale und partizipative Demokratie durchsetzen	15
4. Bündnisse schmieden	19

Einleitung

Der 1. Kongress der Partei der Europäischen Linken findet in einer wahrhaft außergewöhnlichen Zeit statt: Wir stehen heute vor der großen Herausforderung, eine neue Phase der politischen und sozialen Entwicklung Europas einzuleiten. Seit dem 1. Mai 2004 leben wir in einer erweiterten europäischen Union mit 25 Mitgliedsstaaten. Neue Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent, kommen täglich hinzu. Die Menschen in allen europäischen Ländern – ob EU-Mitgliedstaaten oder nicht – stellen sich die Frage, wie das künftige Antlitz unseres Kontinents aussehen soll. Ein anderes Europa aufzubauen ist heute nicht nur möglich, sondern dringend notwendig.

Wie im Programm der Partei der Europäischen Linken auf ihrem Gründungskongress festgestellt, sehen wir die Notwendigkeit einer tiefgreifenden sozialen und demokratischen Transformation Europas. Für uns besteht Rolle und Aufgabe der politischen Linken in Europa darin, einen Beitrag zur Herstellung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für eine radikale Veränderung der Politik zu leisten, indem wir konkrete Alternativen und Vorschläge für diese notwendige Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften entwickeln. Darin sehen wir unsere Verantwortung und die Möglichkeit, all jene anzusprechen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben des Individuums einsetzen. Wir wollen linke Politik dauerhaft als selbstständiges, selbstbewusstes politisches Projekt etablieren, das zur Durchsetzung von Solidarität und Demokratie, von sozialen und ökologischen Alternativen beiträgt. Wir erleben jetzt die Schmerzen der voll ausgebrochenen Krise des neoliberalen Modells und der neoliberalen Politik. Diese Krise schleppt sich seit Ende der 90er Jahre hin. Seitdem hat man sie mit reaktionären sozialen und politischen Mitteln zu lösen versucht, die immer weiter nach rechts gingen. Die konservativen und rechten Parteien haben ihre politische Strategie neu konzipiert und dabei Neoliberalismus mit Autoritarismus, Populismus und Atlantismus verbunden.

Wir aber meinen: Die dominierende Politik in Europa ist auf dem falschen Weg. Es kommt die europäischen Völker teuer zu stehen, wenn Sozialsysteme demontiert und zerstört werden, wenn Massenerwerbslosigkeit und ein rigider Wettbewerb den Alltag prägen. Die politische Hegemonie der Neokonservativen, die als politisches Projekt in der Krise steckt, wächst sich zu einer Gefahr für Freiheit, Frieden und Sicherheit der Mehrheit der Weltbevölkerung aus. Sie droht eine neue Front im permanenten globalen Krieg zu eröffnen. Das hat mit der militärischen Besetzung des Irak begonnen, die unverzüglich beendet werden muss. Alle Besatzungstruppen sind aus dem Irak abzuziehen. Gefährlicher Demokratieabbau, Umweltzerstörung und ein pax neoliberal zur Absicherung des globalen militärischen Gewaltmonopols für die imperiale Hegemonie der USA und der Industriestaaten, die ihnen auf diesem Weg folgen, richten nach wie vor großen Schaden an. Diese Entwicklung, die auch die Zukunft der EU betrifft, kann nicht als „Auswuchs“ der neoliberalen kapitalistischen Globalisierung betrachtet werden. Vielmehr ist sie eine Folge der bewussten Entscheidung, die Dynamik der kapitalistischen, patriarchalen und gegen die Umwelt gerichteten Ausbeutung und Unterdrückung im Rahmen des heute dominierenden Gesellschaftsmodells weiter zu vertiefen.

Während Europa eine seiner schwersten sozialen und wirtschaftlichen Krisen erlebt, bestimmt es die Sicherheitspolitik zu seiner wichtigsten Priorität. Europa steckt nicht nur in einer sozio-ökonomischen, sondern auch in einer Führungskrise. Die Neokonservativen und die dominierenden Kräfte der Sozialdemokratie haben Europa auf einen Irrweg geführt: der Verfassungsvertrag wurde abgelehnt, gegen Bolkestein- und Arbeitszeit-Direktive erhebt sich Widerstand, über die finanziellen Perspektiven der EU ist keine Einigung zu erreichen. Die

regierenden Neokonservativen haben einen Zustand der Unterfinanzierung herbeigeführt, so dass die EU nicht mehr in der Lage ist, den Erwartungen ihrer Bürger gerecht zu werden.

Wir sind herausgefordert, die Politik der Rechten und der dominierenden Kräfte der Sozialdemokratie zu stoppen, indem wir einen eindeutig linken innovativen Ansatz wählen und zugleich die strategische Unfähigkeit der von neoliberalen Geist durchdrungenen sozialliberalen Politik sowie des sozialdemokratischen "Dritten Weges" überwinden. Die EL hat das Potenzial und die Pflicht, ein politischer Hauptakteur bei der Veränderung und Reformierung der Politik der EU zu sein sowie zur Lösung der politischen Krise unseres Kontinents und der Welt ihren Beitrag zu leisten.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Arbeit an einem neuen Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert entschieden voranzutreiben, der die Interessen aller Menschen auf der Erde, die Belange der Umwelt, die Werte von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Frieden zum Maßstab und zum Ziel des Zusammenlebens der Völker macht. Wir wollen, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Grundrecht im Prozess der Integration Europas wird. Dafür werden wir uns in die gesellschaftlichen Debatten auf der lokalen und regionalen wie auf der nationalen und europäischen Ebene einbringen. Die europäische politische Linke muss dabei eigene Vorstellungen entwickeln. Die Partei der Europäischen Linken kann, muss und wird sich dieser Herausforderung stellen. Europa und die Europäische Union, wie sie heute bestehen, sind der minimale Rahmen für Politik als Ausdruck des Klassenkampfes.

Ein ermutigendes Beispiel für unser Agieren sind die Ergebnisse des Referendums über den Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden. Mehrere Elemente haben geholfen sichtbar zu machen, über welches Potenzial für einen neuen öffentlichen Raum in Europa die für Veränderung eintretenden Kräfte verfügen. Die Menschen, die in der Erarbeitungsphase ausgeschlossen waren und den Text nicht kannten, drängten nun auf die Bühne und lehnten es ab, für eine Ideologie vereinnahmt zu werden, die nichts wesentlich Besseres versprach, als das heute von den Menschen bereits erlebte neoliberal geprägte Wirtschaftsmodell der EU. Damit wurde für jeden deutlich sichtbar, wie stark die Gegnerschaft zu einem neoliberalen Europa ist. Denn es ist kein Zufall, dass der wachsende Widerstand gegen den Vertrag einen enormen zusätzlichen Schub durch die vielen Demonstrationen gegen ein Europa des Kapitalismus und der Arbeitslosigkeit wie die vom 19. März in Brüssel gegen die Bolkestein-Richtlinie erfuhr. Das Nein war also eine Ablehnung des merkantilistischen Inhalts und des funktionalistischen Zusammenhangs, in dem die Europäische Union gegründet wurde (der Wirtschaftsverträge, der Europäischen Zentralbank, der Einheitswährung, der Richtlinien der Kommission). Die Gegnerschaft gegen den Vertrag wurde weitgehend bestimmt von linken Ideen und Forderungen der Gesellschaft nach Gleichheit und Gerechtigkeit, die von der wachsenden Sorge der Mehrheit der Menschen um ihre Lebensbedingungen herrühren.

Im Gegensatz zu dem, was die heftigsten Befürworter des Verfassungsvertrages behaupten, ist unser Nein zum Vertrag kein Nein zu Europa, sondern ein Ja für ein anderes Europa, ein Europa mit mehr sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, das sich für Frieden in der Welt und ein neues Entwicklungsmodell für alle Länder einsetzt.

Es ist daher das gemeinsame Ziel der Parteien und Organisationen der Partei der europäischen Linken, eine Politik zu entwickeln und zu realisieren, die auf die Wiedergewinnung eines wahrhaft europäischen öffentlichen Raumes abzielt, eines gesellschaftlichen Raumes, dessen Hauptakteure die Bürgerinnen und Bürger der EU, die sozialen Bewegungen und demokratischen Organisationen sind. Unser Ziel als politisches Subjekt besteht darin, eine

neue Art von Demokratie zu befördern. Partizipation ist der erste Beitrag den wir für notwendig halten, um die Politik radikal zu reformieren, um sicherzustellen, dass die undemokratische Spirale von neoliberaler Globalisierung und Krieg gestoppt werden kann. Unsere Vorschläge für ein anderes Europa sind ein konkreter Beitrag, um eine Gesellschaft zu errichten, deren Grundwerte Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Frieden sind.

Wir vertreten den Standpunkt, dass die alternative Vision der Linken vom demokratischen Sozialismus kein nationales Thema ist, sondern ein Ziel von europäischen und internationalen Dimensionen. Der Sozialismus ist heute mehr denn je eine internationale Vision und ein Weltprojekt.

I. Frieden schaffen

Jahrhunderte lang war Europa Schauplatz blutiger Konflikte. Mit dem Kolonialismus hat es Gewalt, Ungerechtigkeit und Unterdrückung exportiert. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der siegreichen Partisanenkämpfe und der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, schien es möglich, den Krieg ganz aus der Geschichte zu verbannen. Aus dieser Forderung entstand die Idee von einem vereinten Europa. Aber Krieg und militärische Konfrontation sind nie völlig aus dem Instrumentarium internationaler und europäischer Politik verschwunden. Dabei hat die EU eine unklare und widersprüchliche Rolle gespielt, nicht weil sie unfähig war, eine Eingreiftruppe aufzubauen, sondern weil sie es nicht fertig brachte, dem Hegemoniestreben der USA ein eigenes Projekt entgegenzusetzen.

Die völkerrechtswidrigen Militärinterventionen der USA mit Unterstützung der NATO haben den zur Zeit des kalten Krieges entstandenen Trend zur Abrüstung, der auch dem beharrlichen Kampf der Friedensbewegung zu danken war, rückgängig gemacht. Immer noch erleben wir Krieg in unserem Alltag. Er hat sich in ihm eingenistet und ist als Mittel von Politik fast allgegenwärtig geworden. Die Europäische Union und alle Staaten Europas sind auf Grund ihrer heutigen geopolitischen Stellung berufen und in der Lage, Frieden zu fördern und zu sichern.

Radikale Gegnerschaft zu Krieg, Menschenrechtsverletzungen, Terrorismus und jeglichem Kampf der Kulturen ist die erste Voraussetzung für das Europa, das wir errichten wollen. Die Terrorakte von New York, Madrid oder London haben demonstriert, dass das mächtige Mittel der militärischen Abschreckung in den Händen der am höchsten entwickelten Länder der Welt nicht in der Lage war, diese barbarischen Anschläge abzuwenden. Die logische Konsequenz daraus wäre eigentlich gewesen, das gegenwärtige Sicherheitssystem, das auf militärischer Abschreckung und dem möglichen Einsatz von menscheitsbedrohenden Massenvernichtungswaffen beruht, gründlich zu überdenken, zu Entmilitarisierung und Abrüstung überzugehen.

Der Europäische Verfassungsvertrag unterwirft die Eigenständigkeit der EU in der Außenpolitik, die sich auf friedliche und zivile Mittel zur Konfliktvermeidung stützen sollte, einer militärischen Logik. Diese Logik lehnen wir strikt ab. Statt dessen setzt die Europäische Linke auf politische Lösungen, auf die Verteidigung und Umsetzung des Völkerrechts, auf eine wirklich demokratische Steuerung der Weltprozesse durch eine reformierte UNO, auf aktive Konfliktverhütung und die Kürzung der Rüstungsausgaben.

Wir wollen eine alternative Sicherheitspolitik Europas, um

- ein europäisches Sicherheits- und Verteidigungssystem zu schaffen, das auf fortschreitender Entmilitarisierung beruht;
- Abrüstung und eine weitgehende Kürzung der Rüstungsausgaben auf globaler Ebene zu erreichen;
- die nationalen Streitkräfte schrittweise zu reduzieren;
- einen für die EU verbindlichen Verhaltenskodex zu verteidigen, der Rüstungsexporte in Länder unterbindet, wo Krieg herrscht oder die Menschenrechte missachtet werden,
- das Projekt einer Europäischen Agentur für Abrüstung und Konversion zu realisieren

Wir wollen eine selbständige Sicherheitspolitik, um:

- Europa eine eigene Rolle in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu ermöglichen, die sich auf der Achtung der Menschenrechte, der Einhaltung des Völkerrechts, auf Entwicklungszusammenarbeit und Konfliktverhütung gründet;
- jegliche militärische Bündnis Zusammenarbeit mit der NATO abzulehnen und den Einsatz von Streitkräften zur Unterstützung von Interventionen der USA zu verhindern.

Wir wollen eine anti-nukleare Sicherheitspolitik, die darauf hinausläuft, alle Massenvernichtungswaffen (atomare, biologische und chemische) zu verbieten und zu zerstören.

Die politische Eigenständigkeit Europas gegenüber den USA ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass unser Kontinent in der Welt tatsächlich eine gewichtigere Rolle spielen kann. Ein Europa des Friedens muss einen politischen und wirtschaftlichen Umbau der internationalen Beziehungen anstreben, so dass Frieden und friedlicher Multilateralismus zum immanenten Bestandteil eines neuen Gesellschaftsmodells werden. Wir treten für ein soziales Europa ein, um gemeinsam mit all jenen zu kämpfen, denen an einer gerechteren Welt des Friedens auf allen Kontinenten gelegen ist.

In diesem Sinne unterstützt die EL alle Prozesse der Entkolonialisierung und die Forderungen derjenigen Völker, die ihre Selbstbestimmung durch UNO-Resolutionen bestätigt sehen wollen wie das Volk der Westsahara und das palästinensische Volk.

Für uns ist die neue Realität Lateinamerikas ein entscheidender Beitrag, um eine gerechtere Welt der Solidarität zu erreichen. Die Partei der Europäischen Linken verurteilt, dass die EU an der Ausnahmesituation gegenüber der Republik Kuba festhält. Dies ist das einzige Land der Welt, zu dem die EU eine "Gemeinsame Haltung" der Sanktionen einnimmt. Diese von den USA aufgezwungene Position erlaubt es der EU nicht, über die von Kuba vorgeschlagenen Fragen zu sprechen.

Die EL ist für volle Beziehungen EU zu Kuba auf der Grundlage eines bilateralen Vertrages. Sie fordert entschieden, dass die UNO-Resolutionen über die Aufhebung der Blockade der USA befolgt werden. Weiterhin unterstützen wir den Prozess der bolivariischen Revolution in Venezuela, die Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen in ganz Lateinamerika und den Kampf gegen die Panamerikanische Freihandelszone (FTTA).

Die kapitalistische Globalisierung war nie und ist auch heute nicht nur ein Prozess der wirtschaftlichen Reorganisation des Kapitals. Sie hat sich als außerordentlich starke Triebkraft für die Wiedererrichtung der kapitalistischen Machtverhältnisse im Weltmaßstab erwiesen. Sie war das Werkzeug, mit dem eine umfassende konservative Revolution herbeigeführt

wurde. Diese hat die Weltordnung, die im Gefolge des Sieges über den Nazismus und Faschismus entstanden war, in ihren Grundfesten erschüttert. Mit der traditionellen Form des Nationalstaates ist nicht mehr zu erklären, wie sich die Globalisierung in der Praxis entwickelt. Daher müssen wir heute das Problem, wie die kapitalistische Gesellschaft zu verändern ist, im weltweiten Rahmen stellen. Angesichts der grundlegenden Umwälzungen ist es dringend notwendig, eine neue Etappe des Zusammenwirkens der für gesellschaftliche Transformation eintretenden Kräfte in der Welt und vor allem hier in Europa einzuleiten.

Anfangs haben die Ideologen des Neoliberalismus eine Globalisierung versprochen, die das „Ende der Geschichte“, den vollendeten Neokapitalismus herbeiführen sollte, der auf Jahre hinaus Stabilität verheißt. In Wirklichkeit aber wird deutlich, dass die neoliberale Globalisierungspolitik kein stabiler Mechanismus für die Produktion von Mehrwert ist, zugleich aber Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit weiter verschärft.

Die Krise der kapitalistischen Globalisierung hat diejenigen zu regressiven, reaktionären Antworten bewegt, die bisher behauptet haben, sie sei die Lösung für alle Schicksalsfragen der Menschheit. Die Politik der wirtschaftlichen Rechten ist noch radikaler geworden, um ihren Interessengruppen weltweit die Führungsposition zu sichern. Krieg ist wieder als struktureller, dem System wesenseigener Faktor eingeführt. Daher bringt die Krise weltweit Instabilität und Unsicherheit hervor. Die Doktrin vom Präventivkrieg, der unbestimmt und endlos ist, stellt die USA in den Mittelpunkt des Systems zur Beherrschung dieser Welt. Im gegenwärtigen internationalen Rahmen hat sich Bush für den Unilateralismus entschieden, um für Politik keinen Raum zu lassen.

Krieg ist also nicht nur eine neue Strategie, um die Ressourcen unseres Planeten zu kontrollieren und zu demonstrieren, dass der neue Kapitalismus nicht davon ablassen wird, weiterhin Naturressourcen zu verschlingen. Krieg tritt an die Stelle aller Regeln internationalen Zusammenlebens und der Achtung grundlegender Rechte der Menschheit.

Der Kampf zwischen Krieg und Frieden ist heute aktueller denn je. Wenn Krieg das Produkt einer auf Vorherrschaft, Aggression, Erpressung und Spannungen ausgerichteten Politik ist, die von der kapitalistischen Globalisierung herrührt, dann kann Frieden nur durch die Intensivierung aller Formen von Opposition, Widerstand und Widerspruch auf globaler Ebene – auch von Staaten und Regierungen – erreicht werden.

Die neue Friedensbewegung, die „andere Weltmacht“, die in dieser Phase entstanden ist, kann und muss das enge Verhältnis zwischen dem neoliberalen Gesellschaftsmodell und dem Krieg der kapitalistischen Globalisierung enthüllen. Zugleich muss sie auf eine gesellschaftliche Alternative hinarbeiten. Die neue Friedensbewegung ist eine waffenlose und nach Abrüstung strebende Kraft. Sie verkörpert eine Idee des Friedens, die nicht nur Abwesenheit von Krieg oder Gleichgewicht der Waffen bedeutet, sondern nach einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ordnung strebt, die eine Alternative zu Neoliberalismus und Krieg darstellt.

Diese neue Ordnung muss nachhaltig sein, oder sie wird nicht sein. Heute ist der Zusammenhang zwischen Krieg und Umweltzerstörung deutlicher als je. Produktions- und Konsumtionsweisen zu verändern, die nicht nachhaltig sind, ist ein Erfordernis des Friedens.

Zugleich haben wir auch das andere Gesicht des Krieges, den Terrorismus, zu bekämpfen. Das politische Projekt des Terrorismus, das vom Krieg unabhängig ist, jedoch von ihm angetrieben wird, stellt in erster Linie einen Feind des Volkes und der Demokratie dar. Insbe-

sondere der fundamentalistische Terrorismus der Kräfte des radikalen Islamismus, der vorgibt, die Rechte des Volkes zu verteidigen, verfolgt das Ziel, eine Gesellschaft zu etablieren, die auf extremer Gewalt beruht und mit dem Kapitalismus durchaus kompatibel ist.

Der von den USA und ihren Verbündeten geführte „Krieg gegen den Terror“ ist jedoch nicht geeignet, die Wurzeln und Ursachen des Terrorismus zu beseitigen, sondern hat zu weiterem Nährboden für Terrorismus geführt. Der Krieg selbst setzt Mittel des Terrors gegen die Zivilbevölkerung ein. Im Zeichen des „Krieges gegen den Terror“, der nach den Äußerungen von USA-Politikern noch Jahrzehnte andauern soll, erfolgt auch in Europa ein Abbau von Rechten und Freiheiten, eine wachsende Militarisierung auf der Grundlage von Militärdoktrinen, die globale out-of-area- Interventionen vorsehen. Schon drohen die USA mit weiteren Präventivkriegen gegen andere Länder.

Deshalb tritt die Partei der Europäischen Linken dafür ein, einen friedlichen Weg zur Überwindung des Terrorismus zu beschreiten. Der Krieg gegen den Terrorismus ist nicht zu gewinnen, wohl aber der Kampf gegen ihn. Die Linkspartei fordert für die Politik der europäischen Staaten gegenüber diesen Ländern einen Paradigmenwechsel, weg von der jahrhundertalten Politik der Unterdrückung und Einmischung, weg von militärischen Interventionen, von Bevormundung und Demütigung, hin zu einer mit politischen Kräften dieser Länder gleichberechtigt zu konzipierenden Politik der Sicherung einer gemeinsamen Perspektive, beruhend auf Zusammenarbeit und friedlicher Koexistenz. Die EL erklärt ihre Solidarität mit den linken und progressiven Kräften der moslemischen Welt.

Das Primat der Politik kann nur durch den Kampf gegen den Krieg und für den Frieden wiedergewonnen werden. Wie es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit gibt, kann es auch keine Gerechtigkeit ohne Frieden geben.

Daher haben wir das Fehlen eines Artikels gegen den Krieg im Vertrag für eine Europäische Verfassung verurteilt. Daher sehen wir die Errichtung europäischer Streitkräfte unter der Kontrolle der NATO, d. h., der Kontrolle der USA, als eine Bedrohung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der EU an und brandmarken zugleich neue massive Investitionen in die Rüstung. Deshalb schlagen wir die Reduzierung der Militärausgaben aller Staaten, die Schließung der Militärbasen der USA und die Auflösung der NATO vor.

Die Europäische Linke bejaht eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Um das Primat der Politik wiederzugewinnen, müssen wir eine internationale Ordnung anstreben, die auf dem Völkerrecht beruht, die sich für zivile Konfliktprävention und friedliche Konfliktlösung sowie für eine solidarische und demokratische Entwicklung einsetzt. Dieses Ziel muss gemeinsam und in enger Zusammenarbeit mit allen anderen Staaten Europas in Angriff genommen werden.

Die Staaten Europas und die Europäische Union sollten auch bei der demokratischen Reform der internationalen Organisationen, vor allem der UNO, eine wichtige Rolle spielen, um neue weltweite internationale Beziehungen zu schaffen, die auf freiwilligem Zusammenleben, Achtung der Rechte der Völker und Demokratie beruhen. Eingedenk seiner tragischen Vergangenheit von Kriegen und Kolonialismus ist Europa angehalten, die Welt nicht aus eurozentrischer Sicht zu betrachten, sondern den neuen Herausforderungen globaler Gleichheit gerecht zu werden. Wir schlagen vor, dass die Europäische Union für eine radikale Umstrukturierung der internationalen Wirtschaftsorganisationen Verantwortung übernimmt. WTO, IWF und Weltbank dürfen nicht länger Herrschaftsinstrumente sein, die weitere Ungerechtigkeit hervorbringen. Einige dieser Institutionen sollten abgeschafft und durch andere

ersetzt werden. Bereits bestehende sind in ihrer Aufgabenstellung zu verändern und direkt der UNO zu unterstellen.

Die EL fordert ein Ende der israelischen Besatzung und den Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967. Sie lehnt die rechtswidrige Mauer ab, die ebenfalls ein Hindernis für den Friedensprozess darstellt. Sie tritt für die Schaffung eines lebensfähigen, souveränen palästinensischen Staates ein, der auf der Grundlage der UNO-Beschlüsse Seite an Seite mit Israel in gemeinsamer Sicherheit lebt.

Große Bedeutung für die internationale Rolle der EU erlangt künftig aus unserer Sicht der so genannte Barcelona-Prozess. Anstelle der für 2010 vorgesehenen Einführung einer Freihandelszone im Mittelmeerraum fordern wir, mit allen Staaten der Südküste des Mittelmeeres auf gleichberechtigter Grundlage ein Partnerschaftsabkommen zu schließen. Die EL schlägt ein Bündnis Europa-Mittelmeerländer vor, in dem einerseits Demokratie und Menschenrechte voll respektiert werden und andererseits soziale und wirtschaftliche Integration für ausgeglichene, nachhaltige Entwicklung gefördert wird. Dort, wo in der Vergangenheit Freihandelszonen eingeführt wurden (zum Beispiel die NAFTA zwischen Mexiko und Nordamerika), haben sich Ungleichheit und Ungerechtigkeit massiv verschärft, was vor allem die schwächsten Teile der betroffenen Gesellschaften zu spüren bekommen. Wo heute noch Freihandelszonen angestrebt werden (zum Beispiel die FTTA) stoßen sie bei den Völkern auf enormen Widerstand.

Wir gehen davon aus, dass die koloniale Vergangenheit Europas in Afrika eine Hauptursache für die Probleme ist, an denen dieser Kontinent heute leidet. Daher stimmen wir den Vorschlägen für eine neue demokratische Wirtschaftsordnung zu und unterstützen ein Bündnis zwischen Europa und Afrika zur Überwindung der Kluft zwischen Nord und Süd.

Die Europäische Linke setzt sich für die Verteidigung und Durchsetzung des Friedens nicht als utopische Idee, sondern als soziales und politisches Konstrukt ein, das bei einem anderen Entwicklungsmodell möglich wird. Nur ein Europa, das eine wirtschaftlich gleiche, sozial gerechte, kulturell vielfältige und ökologisch nachhaltige Entwicklung hervorbringt, wird auch in der Lage sein, unabhängig von den USA für das Prinzip des Friedens in der Welt einzutreten.

Umweltpolitik muss in allen Politikbereichen Berücksichtigung finden. Davon betroffen sind z.B. die Außenpolitik oder die polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Straftaten. Das Kyoto-Protokoll muss umgesetzt werden. Wie dringend notwendig das ist, haben solche Naturkatastrophen wie der Tsunami vom vergangenen Jahr und der Wirbelsturm ‚Katrina‘ in New Orleans gezeigt. Das sind nicht nur Naturerscheinungen. Sie werden auch durch das Handeln von Menschen verursacht und ihre Wirkung durch die neoliberale Politik verschlimmert.

II. Ein anderes Wirtschaftsmodell für ein soziales Europa entwickeln

Massenarbeitslosigkeit, der Abbau sozialer Errungenschaften in Europa, vor allem die Ängste der älteren Generation um die künftige Gewährleistung der in ihrem Arbeitsleben erworbenen Alterssicherung und die der jungen Generationen über die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse sind heute in allen EU-Mitgliedstaaten bitterer Alltag. Sie sind Ergebnis der von den politischen und wirtschaftlichen Eliten der EU und den Regierungen der europäischen Staaten praktizierten neoliberalen Politik. Dieser Weg für Europa ist undemokra-

tisch, unsozial, unsolidarisch und umweltzerstörend. Nach der Logik der heute Regierenden soll es in der EU so weiter gehen. Ein „Weiter so!“ kann es im Interesse eines europäischen Integrationsraumes als Antwort auf die Globalisierungsprozesse aber nicht geben. Für Frauen stellt der Zugang zum Arbeitsmarkt mit niedrigeren Löhnen, unterqualifizierten Arbeitsplätzen, mehr Arbeitslosigkeit und Saisonarbeit eine besondere Hürde dar. Ihre soziale Sicherung, ihre Renten und andere sich aus Beiträgen ergebenden Anrechte liegen, was Umfang, Abdeckung und Höhe betrifft, oft unter dem Durchschnitt und weit unter dem Niveau der Männer.

Die neoliberale Politik mit ihrem global ausgerichteten Marktradikalismus weicht den Sozialstaat in seinen sehr verschieden ausgeprägten nationalen Varianten immer mehr auf, beschränkt die Binnennachfrage weiter, verfestigt und verstärkt Arbeitslosigkeit und vergrößert die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse, organisiert mit Deregulierung und Privatisierung die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, verstärkt die Tendenzen der Entdemokratisierung und Entsolidarisierung in der Gesellschaft und blockiert sozial und ökologisch nachhaltiges Wachstum. Die Grundrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik schadet den Klein- und Mittelbauern in Europa.

Eine Alternative dazu muss darin bestehen, strategische Investitionen in Europa zu tätigen, die regionale Entwicklung und Konversion, öffentliche Dienstleistungen, eine wirksame Sozial-, Umwelt- und Forschungspolitik in Europa gewährleisten. Diese Ziele sind nur zu erreichen, wenn die gegenwärtig verfügbaren Finanzen der EU aufgestockt werden. Eine europäische Steuerreform ist nötig, die die EU in die Lage versetzt, europäische Wertpapiere auszugeben. Die Unselbständigkeit der EU kann nur beendet werden, wenn der Stabilitätspakt durch einen Wachstums- und Beschäftigungspakt ersetzt wird.

Fortschreitende Technisierung, Automatisierung und Effizienzorientierung verändern die Struktur der Arbeitswelt. Weniger traditionelle Erwerbsarbeit, besonders in vielen von den Bürgerinnen und Bürgern erlernten Berufen, wird angeboten. Arbeitslosigkeit ist in nahezu allen europäischen Ländern ein die Gesellschaft immer stärker prägendes Phänomen. Erwerbslose werden häufig diskriminiert. Angesichts dieser Veränderung bedarf auch das politische Ziel der Vollbeschäftigung einer Überprüfung. In Anerkennung der gesellschaftlichen Realität muss die Existenz der Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von herkömmlicher Erwerbsarbeit gesichert werden. In diesem Sinne ist der Einstieg in eine Debatte über ein zukunftsfähiges, emanzipatorisches Arbeitsverständnis in einer sich wandelnden Arbeitswelt zu wagen.

Die Ausbeutung der Frau im Rahmen der Familie für Pflege, Erziehung der Kinder etc. ermöglicht es der Regierung, sich aus ihrer Verantwortung zu verabschieden und die existierenden öffentlichen Leistungsangebote in Frage zu stellen.

Die Politik der Einschränkung der Massennachfrage, der Umweltzerstörung und der Spekulation an den internationalen Finanzmärkten zugunsten der herrschenden Klassen führt heute in ein Dilemma: entweder mehr Neoliberalismus, noch weniger europäische Originalität und weitere Annäherung an das nordamerikanische Modell, oder ein neues Wirtschaftsmodell, in dem die Prioritäten von der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auf die Rechte der Völker verschoben werden.

Um letzteres Ziel zu erreichen, müssen wir einen öffentlichen Raum in Europa schaffen, der auf neuem demokratischem Engagement beruht und die Klassenverhältnisse verändert.

Für die europäische Linke muss der erste Schritt auf dem Weg zu einer anderen Wirtschaftspolitik und damit einem anderem Entwicklungsweg in Europa der Stopp der weiteren Demontage des Sozialstaates sein. Seit der Umsetzung der ultraliberalen rechten Doktrinen von Reagan und Thatcher sind die sozialen Verhältnisse auf der ideologischen Grundlage eines grenzenlosen Wettbewerbs und der Beschneidung von Arbeiterrechten umgestaltet worden. Ein weltanschaulicher Umbruch ermöglichte dem Neoliberalismus, den technologischen Wandel zu nutzen, um in der Politik der Beherrschung und Ausbeutung eine noch härtere Gangart anzuschlagen. Die neoliberale Globalisierung hat die Arbeitswelt und die globalen Beziehungen umgestürzt, ebenso die gesamte Struktur des Produktionssystems im Hinblick auf Arbeit und Kapital. Diese Umwälzungen haben zu tiefgreifenden, verheerenden Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Menschen, im Verhältnis von Mensch und Natur sowie bei der Schaffung eines Systems gemeinsamer und gerechter Werte geführt. Die politische Europäische Linke muss sich diesen Veränderungen in Gesellschaft und Ökonomie stellen, will sie überzeugende, alternative Vorschläge unterbreiten. Eine Rückkehr zu geübten Formen der sozialen Sicherung ist nicht mehr möglich; neue und radikale Anforderungen erfordern alternative Politikansätze.

Ein Zusammenführen des Kampfes für politische, soziale, wirtschaftliche und Bürgerrechte, die die Linke traditionell einfordert, mit dem Kampf für feministische, ökologische, kulturelle und technische Rechte, für die sich die sozialen Bewegungen einsetzen, ist heute notwendig und möglich. Die sozialen Bewegungen haben die Debatte über das Recht auf gemeinsame Grundgüter, wie zum Beispiel Wasser, das den genannten Rechten gleichzusetzen ist, in den öffentlichen Raum gerückt.

Unsere wirtschaftspolitische Alternative muss der menschlichen Logik entsprechen, den künftigen Generationen eine bessere Welt zu hinterlassen als die, in der wir heute leben. Für ökologische und soziale Rechte zu kämpfen ist im 21. Jahrhundert eine Pflicht der Solidarität und zugleich eine intelligente Antwort auf die verfehlte Wirtschaftslogik.

Daher stellen wir das Primat von Markt, Wettbewerb und Wachstum nicht nur in Frage. Wir bestehen auf dem Primat des öffentlichen Interesses und der politischen Mitgestaltung des gesellschaftlichen Raumes. Damit ist nicht nur der Nationalstaat gemeint. Unser Begriff des öffentlichen Interesses umfasst heute Demokratie auf verschiedenen Ebenen, die staatliche Institutionen, Lokalverwaltung und breite Formen direkter Teilhabe der Bürger zu einem Ganzen zusammenfügt.

Das stellen wir uns für Europa vor.

Aber das heutige Modell ist unfähig, die Krise zu überwinden. Kein Ökonom beantwortet heute die Frage, wie eine globale Wirtschaft überleben und wachsen soll, ohne Löhne und Arbeiterrechte zu beschneiden oder die Naturressourcen zu erschöpfen. Die europäischen neoliberalen Regierungen und die EU verordnen den Abbau von Arbeiterrechten und Lohnkürzungen aufgrund des internationalen Wettbewerbs. Sie rechtfertigen sich damit, dass ohne diesen Wettbewerb die Unternehmen ihre Produktion in Länder mit niedrigeren Produktionskosten verlagern. Das ist eine Lüge. Wir akzeptieren derartige Erpressung nicht und fordern weiterhin soziale, Umwelt- und Arbeiterrechte in unseren Ländern und darüber hinaus.

Wir bestehen darauf, einen neuen öffentlichen Raum in Europa zu schaffen, in dem wir uns für gleiche Arbeiter- und soziale Rechte in allen Staaten einsetzen. Der Abwanderung von Arbeitsplätzen muss durch soziale Kämpfe, durch das Eingreifen des Staates und durch

Umstrukturierung der Produktion unter Beteiligung der Arbeiterschaft Einhalt geboten werden.

Auf der weltpolitischen Bühne sind Europa und die heute bestehende Europäische Union für uns der minimale Rahmen für Politik als Ausdruck des Klassenkampfes. Europas Kultur, seine außergewöhnlichen politischen Erfahrungen, die in über hundert Jahren Arbeiterbewegung erkämpften Errungenschaften, die Debatten über Zukunftsfähigkeit und alternative Gesellschaftswege sowie der selbstkritische Umgang mit den Ursachen und Lehren des Scheiterns der realsozialistischen Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa und in der Sowjetunion bergen heute eigene Chancen. Diese können und müssen mit der Bewegung in Verbindung gebracht werden, die unser Zeitalter prägt. Ein qualitativer Sprung zur Wiedergeburt von Politik ist möglich und notwendig.

Wie der Krieg ist auch die Krise ein immanenter Bestandteil der kapitalistischen Globalisierung von heute. Prekäre Arbeitsverhältnisse und soziale Unsicherheit beeinträchtigen die Beschäftigung und das Leben des Volkes ebenso wie die Wirtschaft und die kapitalistische Entwicklung. Instabilität und Unsicherheit sind Grundeigenschaften des modernen Kapitalismus. Sie vergrößern die Lücke, die zwischen Innovation und sozialem Fortschritt klafft. Heute wird immer klarer, dass das auf sozialem Zusammenhalt beruhende Modell zerbricht. Die Wirtschaftskrise wird durch den Umbau der sozialen Sicherungssysteme, durch Privatisierung der Gesundheitsfürsorge und Senkung der Renten auf die Bürgerinnen und Bürger Europas abgewälzt. Die Privatisierung der Dienstleistungen ist der nächste Schritt auf dem Wege der völligen Unterwerfung des sozialen Lebens unter die Gesetze des Marktes.

Wir betrachten sozialen Schutz als zentrales Element des Zusammenhalts der 25 EU-Mitgliedstaaten und als wahrhaft produktives Element. Im Grunde genommen ist nur das europäische Sozialstaatsmodell in der Lage, die Probleme dramatisch ansteigender Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung zu bewältigen. Die Partei der europäischen Linken wendet sich nicht so sehr gegen einige erklärte Ziele der Lissabon-Strategie. Sie ist gegen diese Strategie, weil – besonders nach ihrer vorläufigen Überarbeitung – alles dem Wettbewerb und der Liberalisierung der Märkte untergeordnet wird. Die Lissabon-Strategie sieht Strukturveränderungen ausschließlich bei Arbeitsmarkt und Sozialstaat vor, wodurch die Qualität der Arbeitsverhältnisse abgebaut und das Ziel der Vollbeschäftigung aufgegeben werden soll. Der neoliberale große Rahmen dagegen, vor allem die Haushalts-, Währungs- und makrowirtschaftliche Politik sollen unangetastet bleiben. Die Lissabon-Strategie ist das Werkzeug und der Hebel Europas, um die Arbeitsverhältnisse auf nationaler Ebene gegen die Interessen der Arbeitnehmer umzubauen. Deshalb müssen wir uns mit ihren Zielen und Folgen auseinandersetzen. Wir müssen über eine Wirtschaftspolitik nachdenken, die den Sozialabbau zum Stillstand bringt, und zwar nicht nur dadurch, dass soziale, Steuer- und Umweltstandards im globalen Wettbewerb verteidigt werden, sondern auch dadurch, dass man sie zur Ankurbelung der Entwicklung einsetzt.

Ja, wir müssen uns weigern, den Preis für den wirtschaftlichen Abstieg des Kontinents zu zahlen. Statt dessen müssen unsere alternativen Wirtschaftskonzepte für die Europäische Union Möglichkeiten aufzeigen, wie die Wirtschaftskrise durch realistische Vorschläge zur Abwendung von Unsicherheit, prekärer Beschäftigung und schlechten Lebensbedingungen der Völker Europas überwunden werden kann. Dabei stellen wir uns das durchaus erreichbare Ziel, Vollbeschäftigung und gesicherte Arbeitsverhältnisse für alle Menschen zu erreichen, die in Europa leben und arbeiten. Wir würdigen die Arbeit der Abgeordneten der EL-Parteien, die in der Konföderalen Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament daran mitwirken, ein eigenständiges europäisches Sozialmodell zu entwerfen.

Den Sozialstaat nur zu verteidigen reicht nicht aus. Die krisenhafte Situation, in der wir heute leben, ist vor allem Ergebnis bewusster Entscheidungen, die im Rahmen der Globalisierung getroffen wurden. Diese werden zunehmend durchgesetzt – von der Verlagerung der Produktion über die passive Internationalisierung unserer Wirtschaften bis zur Reorganisierung der Produktion, wodurch strukturell ungeschützte Arbeitsverhältnisse entstehen.

Wir schlagen vor, dass die öffentliche Hand in Bildung und Technologie investiert und dabei auf den notwendigen regionalen und strukturellen Ausgleich zwischen allen Teilen Europas achtet. Statt den Wettbewerb um die niedrigsten Arbeitskosten zu führen, wollen wir die internationalen Regularien für aktive Arbeiterrechte – die allgemein gültigen Standards der ILO-Konventionen (vor allem die ILO-Normen für „angemessene Arbeit“) in allen Arbeitsverhältnissen, besonders in jenen Teilen der Welt durchsetzen, wo Arbeiter noch unter sklavenähnlichen Bedingungen schuften müssen. Dies kann und wird ein wichtiger Schritt gegen Lohn- und Sozialdumping in der globalen Wirtschaft sein.

Die Europäische Linke wird auch künftig alle Aktionen unterstützen, die darauf gerichtet sind, gegen das zunehmend prekäre Wesen der Arbeit anzukämpfen und diese mit einem neuen Rechtsstatus und Teilhabe zu versehen. Man betrachte nur die Bolkestein-Richtlinie und die Arbeitszeitrichtlinie, die direkt darauf abzielen, das Produktionssystem so umzuorganisieren, dass die Stellung der arbeitenden Menschen darin weiter geschwächt wird. Millionen, vor allem Frauen, junge Menschen und Migranten, sinken zunehmend unter die Armutsgrenze ab. Arbeitszeitverkürzung, bessere Arbeitsplätze, verstärkte soziale Sicherheit für alle nach dem Umverteilungsprinzip, Gesundheits- und Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz, sozialer Schutz für Arbeitslose und gefährdete Arbeitnehmergruppen – all das sind zentrale Ziele des Kampfes der EL auf sozialem Gebiet.

Was die Tarifverträge betrifft, so geht es darum, dieses System in ganz Europa zu verteidigen und die Gefahr zu bannen, die von der in verschiedenen europäischen Richtlinien angestrebten Deregulierung ausgeht. Um Abwanderung von Arbeitsplätzen oder Konkurrenz unter den Arbeitnehmern zu vermeiden, müssen wir an der Erarbeitung gemeinsamer europäischer Standards für Löhne, staatliche Renten und öffentliche Leistungen mitarbeiten.

Diese Alternative muss über die Abwehr der Bolkestein-Richtlinie und die Verteidigung des öffentlichen Sektors hinaus gedacht werden. Wir müssen die Debatte ausweiten auf neue Formen einer sozialen Wirtschaft, auf die Schaffung öffentlicher Strukturen, dort, wo es sie noch nicht gibt, oder wo sie schwach sind. Innovation, Verbesserung und Demokratisierung der Führung des öffentlichen Sektors sind Aufgaben der Linken.

Unsere Vorschläge müssen im Dialog mit Gewerkschaften und allen gesellschaftlichen Vertretungen von arbeitenden Menschen und Arbeitslosen weiter konkretisiert und qualifiziert werden. Eine alternative Gesellschaft für Europa erfordert eine radikale Umorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, einen Richtungswechsel, der die Forderungen der Bewegungen berücksichtigt, der die Arbeitswelt, den Umweltschutz und den Feminismus einbezieht. Der Hebel zur Veränderung sind Bündnisse politischer, gewerkschaftlicher und sozialer Kräfte mit dem Ziel, zur Herausbildung einer breiten Arbeiter- und alternativen Bewegung beizutragen. Damit meinen wir die Unterstützung einer europäischen Kampagne und gemeinsamer Vorschläge zum Schutz und zur Vertretung von Interessen der Arbeiterklasse. Wir müssen der Marxschen These von der Befreiung der Arbeit wieder Geltung verschaffen. Mit anderen Worten, es geht um die Wertschätzung dessen, was die Arbeitskraft für die Gesellschaft akkumuliert hat, so dass Rechte und Löhne in der Gesellschaft, die nicht zu einem

einzigem Markt wird, wieder zu Variablen werden, die von der Vorherrschaft des Business unabhängig sind. In diesem Sinne machen wir uns die Forderungen und Erfahrungen der Arbeiter- und der sozialen Bewegung zu eigen.

Überdies sind wir der Meinung, dass die EZB eine völlig neue Rolle und Aufgabe erhalten sollte, so dass sie demokratischer Kontrolle unterstellt werden kann, indem sie nicht mehr für die zentrale Währungspolitik und den Stabilitätspakt zuständig ist. Es ist nicht einzusehen, warum die engen Bestimmungen des Paktes eingehalten werden müssen, da er doch gerade bewiesen hat, dass er wegen der einseitigen Fixierung auf die Geldwertstabilität weder wirtschaftliche Stabilität, noch Arbeit zu fördern vermag. Er muss dadurch ersetzt werden, dass soziale, Beschäftigungs- und Umweltkriterien in einem neuen Abkommen oder Pakt zusammengeführt werden, der außerdem flankierende Bestimmungen zur Koordinierung der Geldpolitik der EZB mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten enthält.

III. Radikale und partizipative Demokratie durchsetzen

Die Entwicklung einer partizipativen Demokratie, die die Bürgerinnen und Bürger in die politischen Prozesse einbezieht, stellt einen Kernpunkt unserer Vorschläge für ein anderes Europa dar.

Die Krise des Neoliberalismus vertieft auch die Krise der Demokratie. Eine Gesellschaft, in der soziale Ungerechtigkeit wächst, bringt stets auch die Phänomene der Ausgrenzung und des Autoritarismus hervor. Wir müssen gegen diesen Trend angehen, um wieder einen öffentlichen Raum zu schaffen, wo die Menschen sich beteiligen und in der Demokratie eine führende Rolle spielen können. Keine für die Zukunft Europas entscheidende Frage darf länger ohne direkte Beteiligung der europäischen Bürger und Bürgerinnen erörtert und entschieden werden. Dieses Projekt fordert unseren Gestaltungswillen und unsere Kreativität von der kommunalen bis zur europäischen Ebene. Es verlangt uns selbst ein hohes Maß an Bereitschaft ab, zu lernen und uns selbst zu verändern. Das Projekt kann nur erfolgreich sein, wenn es zu konkreten, umsetzbaren Vorschlägen für eine reale Alternative führt, wenn es gegenüber den Erfahrungen, Ideen und Initiativen der Partner aus den sozialen Bewegungen offen, partizipativ, demokratisch und kooperativ bleibt. Bewegungen, Gewerkschaften und andere demokratische Kräfte arbeiten bereits überaus erfolgreich in dieser Richtung und verfolgen das Ziel, vor allem für die jüngeren Generationen wieder politische Räume zu öffnen.

Die Politik muss die Souveränität der Menschen in Europa wieder herstellen. Partizipation heißt für uns, mehr Elemente direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung durchzusetzen. Volksinitiativen, Volksbegehren und Volkentscheide sind hierbei erforderliche Mittel. Wir müssen die patriarchalische Gesellschaft zu Fall bringen und reale Geschlechterdemokratie durchsetzen. Dabei geht es nicht nur darum, die Frage der Gleichheit und Gleichberechtigung der Frauen zu stellen, sondern die Unterschiede der Geschlechter zu berücksichtigen und jede Diskriminierung aus geschlechtlichen Gründen zu bekämpfen – nicht nur im Hinblick auf die Verteilung von Waren, Rechten und Pflichten sondern auch in Bezug auf die Teilhabe von Frauen als Staatsbürgerinnen an der Festlegung der gesellschaftlichen Normen. Das Konzept der Gleichheit und der darauf beruhenden Demokratie ist die Fortsetzung des von den Suffragetten geführten Kampfes um Bürgerrechte.

Wir setzen uns für eine andere Funktionsweise der Gesellschaft ein: für Teilhabe, für die Förderung von wirtschaftlicher Unabhängigkeit, für ein Ende geschlechtsspezifischer Gewalt

und der Unterrepräsentation von Frauen. Wir bekräftigen das Recht und die Freiheit der sexuellen Orientierung und sagen jeglicher Diskriminierung und Gewalt den Kampf an. Wir verurteilen sexistische Gewalt als Waffe der Herrschaft von Männern über Frauen und weigern uns, sie als natürlich oder zufällig zu betrachten.

Um sicherzustellen, dass Gleichheit all dies bedeutet, sind wir es uns selbst schuldig, genau dies in unseren Parteien anzuwenden, um eine Organisation in Stellung zu bringen, welche die Reform des Aktivismus an die Erfordernisse unserer Lebensauffassung anpasst.

Wir haben den vom Konvent vorgelegten Verfassungsvertrag mit zwei schwerwiegenden Einwänden kritisiert: Der erste ist die Entscheidung, diesen Vertrag nicht von den europäischen Völkern schreiben zu lassen sondern dies zum ausschließlichen Vorrecht der Regierungen der Europäischen Union zu machen. Der zweite ist die Tatsache, dass dieser Vertrag den Markt bei der Schaffung der politischen Einheit Europas absolut in den Mittelpunkt rückt. Wir glauben fest an die historische Notwendigkeit der Einheit Europas. Wir sind überzeugte Europäer. Im Namen einer umfassenderen Demokratie auf unserem Kontinent lehnen wir daher einen solchen Vertrag ab. Wir unterstützen die Begründung neuer Rechte und betrachten daher den Vereinigungsprozess als einen wichtigen und notwendigen Schritt zur Beförderung solcher Rechte im europäischen Maßstab. Der Verfassungsvertrag ist blockiert und politisch tot.

Daher ist der Sieg des Nein enorm wichtig für uns. Es war ein linkes Nein, das die europäische Integration bekräftigt, aber den neoliberalen Merkantilismus entschieden abgelehnt hat. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass dieser Sieg zu einer Krise der herrschenden Klasse geführt hat, die ein Risiko für die Demokratie darstellen kann.

Wir wollen einen wirklich demokratischen Prozess bei breiter demokratischer Teilhabe der Völker Europas in Gang setzen, der das Europäische Parlament zusammen mit den nationalen und regionalen Parlamenten einbezieht, die Volksorganisationen konsultiert und das eindeutige demokratische Mandat besitzt, eine Charta der Grundrechte auszuarbeiten, die dann den Völkern in einem Referendum vorgelegt wird.

Eine Oppositionsstimmung gegen die Regierungen greift in Europa um sich. Auch die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament haben gezeigt, wie tief die Kluft zwischen Bevölkerung und Eliten derzeit ist. Als Partei der europäischen Linken werden wir aktiv dazu beitragen, dass sich eine breite öffentliche demokratische Debatte über die Zukunft Europas und seiner Gesellschaften entwickelt. In diesem Zusammenhang unterstützen wir den Vorschlag von Organisationen und Bewegungen, die im Europäischen Sozialforum mitarbeiten, einen Runden Tisch von Vertretern sozialer Bewegungen, linker Parteien und Organisationen sowie interessierter gesellschaftlicher Kräfte aus Kultur, Medien und Wirtschaft einzuberufen, um eine breite Diskussion über konkrete Alternativen zu führen

Die unsoziale, extrem neoliberale Politik hat für Formationen der extremen Rechten neue Handlungsspielräume eröffnet. Diese Gefahr zeigt sich in ganz Europa. Ihre Erscheinungsformen sind Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiislamismus, Populismus, Gewalt und der Ruf nach gewaltsamem Umsturz. Diese Formationen reichen von offen neonazistischen und neofaschistischen Gruppen bis hin zu Kräften, die Regierungsverantwortung tragen.

Die aktive Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen rechtsextreme Positionen, gegen reaktionären Nationalismus, Ausgrenzung, Diskriminierung und Intoleranz, für Integration, gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt ist für uns ein wesentlicher Beitrag für ein Mehr an

Demokratie. Positionen, die sich gegen die Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft, gegen Freiheit, Gleichheit, Gewaltenteilung und gleiche demokratische Teilhabe richten und heute von reaktionären, fremdenfeindlichen Rechten überall in Europa vertreten werden, wollen wir wie bisher mit all unserer Kraft und Entschlossenheit bekämpfen. Zu diesem Zweck streben wir auch in Zukunft breite demokratische Bündnisse an.

Wir haben uns für die Erweiterung und Integration Europas eingesetzt. Wir haben dem Beitritt der acht mittel- und osteuropäischen Staaten, Zyperns und Maltas zugestimmt und sie herzlich begrüßt, weil wir meinen, dass der politische Raum Europa nicht an den ehemaligen Blockgrenzen zwischen Ost und West endet. Zugleich stellen wir fest, dass der Beitrittsprozess nicht für eine Überprüfung der bisherigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Logik der EU-Integration genutzt wurde. Es sind keine entscheidende Schritte erkennbar, um gleiche Produktions- und Arbeitsbedingungen in allen Mitgliedsländern zu garantieren. Die Europäische Union bleibt ein großer Markt für Waren, Kapital und zunehmend auch Dienstleistungen, während entgegen anders lautenden Erklärungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, besonders Migrantinnen und Migranten nicht in der Lage sind, und es ihnen häufig nicht gestattet wird, die gleiche Freizügigkeit zu genießen.

Der Prozess des Zusammenrückens der europäischen Völker kann seine demokratischen Potenzen nur dann entfalten, wenn er auf eine Angleichung der Lebensverhältnisse gerichtet ist und damit der Logik einer Vermarktung von Standortfaktoren entzogen wird. Das Durchsetzen gemeinsamer sozialer, ökologischer und demokratischer Mindeststandards ist hierfür die Grundlage. Dies gilt umso mehr für künftige Erweiterungsperspektiven der EU und für die Zusammenarbeit aller Staaten Europas. Wir begrüßen den möglichen EU-Beitritt der Türkei, eines mehrheitlich islamischen Landes, welches für uns zum europäischen Kulturkreis gehört. Wir halten es aber für erforderlich, dass die Türkei ihre Verpflichtungen gegenüber der EU und dem Völkerrecht einhält, wozu eine Regelung der Zypernfrage auf der Grundlage der UNO-Resolutionen, die Achtung der demokratischen und Menschenrechte sowie eine demokratische Lösung des Problems der kurdischen Bevölkerung der Türkei gehören.

Ein Lackmустest für die Demokratie in Europa besteht darin, ob wir volle Bürgerrechte für Migranten erkämpfen können. Millionen Menschen leben heute illegal in Europa und sind häufig Opfer skrupelloser Ausbeutung. Sie brauchen die Aussicht auf einen legalen Status. Wenn wir Demokratie in Europa wollen, dann müssen wir den Menschenhandel bekämpfen. Die Ursache für Menschenhandel ist Armut. Opfer des Menschenhandels sind in der Regel arm und werden ausgebeutet. Alle Staaten sollten die Internationale Konvention über den Schutz der Rechte von Gastarbeitern und deren Familienangehörigen sowie das Protokoll von Palermo unterzeichnen und ratifizieren. Die EL tritt für eine Asyl- und Migrationspolitik ein, die sich konsequent von hohen Menschenrechtsstandards leiten lässt. Europa ist in der Lage, eine konkrete Politik der Aufnahme von Migranten und des Respekts für all jene zu betreiben, die ihre Heimat aus wirtschaftlichen Gründen oder aus Furcht vor Krieg und Konflikten verlassen. Diese Politik könnte Grundlage für eine Staatsbürgerschaft neuer Art sein. Daher unterstützen wir die Kampagne, all denen, die im Bereich der Europäischen Union leben, die Staatsbürgerschaft zu gewähren.

Eine EU-weite Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik auf der Basis einheitlicher menschenrechtlicher Standards sowie eine in Europa einheitliche Integrationspolitik, die den Missbrauch von Migrantinnen und Migranten für Lohn- und Sozialdumping ausschließt und ihnen gleiche Chancen und Rechte einräumt, ebnen den Weg zu diesem Ziel. Zugleich verurteilen wir die inhumane Praxis der meisten europäischen Regierungen, Migranten abzuweisen, sie über die Außengrenzen der Union abzuschieben und Auffanglager für sog-

nannte Illegale Einwanderer einzurichten. Wir sind der Überzeugung, dass kein Mensch als „illegal“ abgestempelt werden darf, dass die staatlichen Behörden die Integrität und den Schutz jedes Menschen garantieren müssen.

Wir kämpfen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die sich in den letzten Jahren ausgebreitet haben. Jede Form der Diskriminierung von Menschen, die anders sind, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir sind entschieden gegen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus, wie wir auch Kampagnen gegen den Islam zurückweisen, die einen so genannten Kampf der Kulturen provozieren sollen.

Wir betrachten individuelle Freiheiten und Bürgerrechte als einen wichtigen Bestandteil unserer politischen Aktionen. Diese Freiheiten basieren auf grundlegenden Konzepten. Dazu gehört der Laizismus (die Trennung von Religion und Staat), der als Funktionsprinzip und Grundwert angesehen werden muss, denn er ermöglicht es, undemokratische Einflüsse in allen Bereichen der Gesellschaft zu vermeiden, zugleich religiöser Diskriminierung und Extremismus entgegenzutreten.

Die demokratischen Bürgerrechte waren in den letzten Jahren heftigen Angriffen ausgesetzt. Mit der Schaffung eines Raums des einheitlichen Rechts und der Einführung des Europäischen Haftbefehls sind bedrückende, unkontrollierbare Schranken aufgerichtet worden, werden die Rechte und Freiheiten der EU-Bürger beschnitten und deren Gedanken unter Strafe gestellt

Auch das EU-Abkommen über Rechtsbeistand und Auslieferung sowie die angestrebte Aufhebung der Vertraulichkeit der Kommunikation der Bürger stellen extrem restriktive Maßnahmen gegen die Rechte und Freiheiten des Einzelnen dar. Sicherheit und individuelle Freiheit sind keine antagonistischen Gegensätze, sondern müssen gleichzeitig gewährleistet werden.

IV. Bündnisse schmieden

Das wirklich Neue am Beginn dieses Jahrhunderts ist die Entstehung neuer Bewegungen und ihre Fähigkeit, sich zum gemeinsamen Vorgehen zusammenzuschließen. Sie künden der Welt von einer neuen Chance für Veränderung. Die Aufgabe der europäischen Linken muss es sein, das Wesen dieser neuen Bewegungen zu verstehen und sich darauf vorzubereiten, die Ressourcen zu nutzen, die sie hervorbringen. Sie muss sich selbst in die Lage versetzen, zu einer grundsätzlichen Reform der Politik und ihres Verhältnisses zu den gesellschaftlichen Hauptakteuren einen Beitrag zu leisten. Zugleich – und das ist nicht nur zeitlich gemeint – treten die dramatischen Folgen der kapitalistischen Globalisierung für alle Völker deutlich zutage. Diese beiden Entwicklungen haben das Thema der Transformation der kapitalistischen Gesellschaft wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Dessen werden sich auch die Bewegungen in zunehmenden Maße bewusst, was in der Losung der Sozialforen „Eine andere Welt ist möglich“ konzentrierten Ausdruck findet. Das Problem ist also benannt, aber nicht gelöst. Ein weiteres Szenario ist eröffnet: die sich verschärfende wirtschaftliche und soziale Krise sowie der Krieg, der einen Kampf der Kulturen, ja sogar eine totale Krise der Zivilisation ankündigt. Unsicherheit beherrscht unsere Zeit. Die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ ist wieder brandaktuell.

Wir müssen mit vielen anderen kooperieren, nicht nur mit politischen Parteien und verschiedenen gesellschaftlichen Kräften. Die Idee, die Partei der europäischen Linken zu gründen, war richtig, denn sie hat sich als die einzige politische Kraft in Europa erwiesen, die zum

Verfassungsvertrag Nein gesagt hat. Wenn wir die EL stärken wollen, dann müssen wir allen gegen den Neoliberalismus kämpfenden Kräften in Europa ein Angebot zur Zusammenarbeit machen. Die EL muss nach Annäherung mit all jenen streben, die mit einer proeuropäischen Haltung gegen den Vertrag mobilisiert haben. Sie muss auch den Dialog und die politische Debatte mit denen führen, die dem Verfassungsvertrag kritische Unterstützung gegeben haben und jetzt einräumen, dass der ganze Prozess gescheitert ist. Die EL sollte breitest mögliche Übereinstimmung zu erreichen suchen, um das Potenzial der Kräfte zu vervielfachen, die für eine demokratische und soziale Neugründung Europas eintreten.

Aus diesem Grunde unterstützen wir das Vorhaben des internationalen Treffens vom 24. Juni in Paris, mit Hilfe einer Unterschriftenkampagne für ein Volksbegehren in allen EU-Mitgliedsländern einen Prozess für die Neuorientierung der Europäischen Union und der Politik der europäischen Staaten in Gang zu setzen. Wir werden uns an einer breiten Bürgerbewegung für ein Manifest oder eine Charta der sozialen und politischen Rechte beteiligen, die zu dem Europa passen, das wir wollen. Wir meinen, dass diese Bewegung ein fester Bestandteil des Europäischen Sozialforums von Athen im Jahre 2006 werden sollte. Erste Erfahrungen sind auf dem Treffen in Florenz im Oktober zusammengefasst worden.

Wir sind bereit, dafür alle Kraft zu geben und vor allem mit allen interessierten Frauen und Männern überall auf unserem Kontinent konkrete Diskussionen über europäische Politik zu führen.

Unsere Idee von Europa muss die Linke und die Völker ergreifen. Beide sind unabdingbar für die Entwicklung einer kämpferischen Bewegung in Europa, die große Kampagnen für soziale Rechte und Frieden in Gang setzt, um den Neoliberalismus auf unserem Kontinent zu besiegen und neue Hoffnung für ein Europa der sozialen Gerechtigkeit zu schaffen.

Wir haben die Aufgabe, zur Entstehung einer volksverbundenen Linken und einer gesellschaftlichen Mehrheit beizutragen, die weit über uns hinausgeht, die andere politische Parteien, das Europäische Sozialforum, die sozialen Bewegungen, Feministinnen, Gewerkschaften, Vereine und Verbände sowie Einzelpersonen umfasst. Es muss eine Mehrheit sein, die Bündnisse mit allen einschließt, die ein anderes Europa erstreben. Das ist unser Wille.

Wir, die Mitglieder und Freunde der Europäischen Linken, erklären nochmals unsere aktive Solidarität mit allen Völkern, Bewegungen und Menschen, die unter der Ungerechtigkeit und den verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung zu leiden haben. Wir wollen mit allen zusammenwirken, die für eine gerechte Welt kämpfen.

Gemeinsam können wir es schaffen. **Ja, wir können Europa verändern!**